

Berliner Programm
der Freien Demokratischen Partei

(Beschlossen auf dem Bundesparteitag
in Berlin am 26. Januar 1957)

Quelle/Zitierweise: ADL, Druckschriftenbestand; Signatur D1-29
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-192

BERLINER PROGRAMM



BERLINER PROGRAMM

DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI

**Beschlossen und verkündet durch den VIII. Ordentlichen
Parteitag am 26. Januar 1957 in der Reichshauptstadt**

Die zehn Thesen des Berliner Programms

1

Die Freie Demokratische Partei erstrebt auf allen Lebensgebieten die Sicherung der Freiheit des Menschen zu verantwortlichem Handeln. Aus sozialer Verantwortung lehnt sie den Marxismus und sozialistische Experimente ab, aus christlicher Verantwortung den Mißbrauch der Religion im politischen Tageskampf.

2

Die FDP bekennt sich zum freiheitlichen Rechtsstaat. Jeder Bürger ist für diesen Staat verantwortlich. Der Staat soll sich auf die notwendigen Regierungs- und Verwaltungsaufgaben beschränken; seine Grundlage ist eine lebendige Selbstverwaltung. Gesetze und Verordnungen müssen auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden; die Gesetzesflut muß eingedämmt werden. Ein dem Dienst am Volk verpflichtetes Berufsbeamtenamt ist Voraussetzung für eine geordnete Staatsverwaltung.

3

Die Kulturpolitik der FDP will die Geistesfreiheit und Toleranz pflegen, den Kirchen und Religionsgemeinschaften ihr Wirken auch im öffentlichen Leben sichern, Erziehung, Volksbildung, Kunst, Wissenschaft und Forschung entschieden fördern. Es geht darum, ein gesamtdeutsches Bewußtsein neu zu begründen und durch Verhinderung des kulturellen Auseinanderlebens die Wiedervereinigung vorzubereiten. Angesichts der Dringlichkeit dieser Aufgaben sind neue Formen für eine wirksame Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern zu entwickeln.

4

Die Sozialpolitik der FDP will jedem Menschen ein Höchstmaß an Selbstständigkeit und persönlicher Unabhängigkeit sichern. Die Aufgabe der Familie, besonders der Mutter, in unserer Gesellschaftsordnung muß berücksichtigt werden. Jeder soll ohne Rücksicht auf Herkunft und Besitz entsprechend seiner Begabung und seinen Leistungen aufsteigen können. Die Sozialpolitik muß gemeinsam mit der Wirtschaftspolitik die Voraussetzungen dafür schaffen, daß alle für die Wechselfälle des Lebens vorsorgen können. Sie will die Furcht vor Krankheit, Not und Alter nehmen und allen unverschuldet in Not Geratenen rasch und ausreichend helfen. Sie fordert insbesondere Hilfe, Eingliederung und Ausgleich für alle Kriegsgeschädigten, Heimatvertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge.

5

Jeder soll aus eigener Kraft Eigentum bilden. Das gilt auch für den Bau von Wohnungen. Deshalb wird die FDP die dem Gesamtwohl dienende freie Marktwirtschaft unbeirrt weiterentwickeln. Sie wird sich für die Erhaltung des Mittelstandes und die Neubildung selbständiger Existenzen einsetzen. Die FDP wird alles tun, um die Kaufkraft der Währung zu erhalten, die Arbeitsplätze zu sichern und die Privatinitiative zu fördern.

6

Bauer und Bäuerin, denen wir unser tägliches Brot verdanken, müssen wissen, wofür sie arbeiten. Die FDP will daher eine Agrarpolitik, die dem ordnungsgemäß bewirtschafteten Betrieb entsprechend der Zielsetzung des Landwirtschaftsgesetzes kostendeckende Preise sichert. Soweit die Agrarstruktur und ungenügende Rationalisierung die Ertragslage ungünstig beeinflussen, sind unter besonderer Förderung der Privatinitiative normale Wirtschaftsverhältnisse zu schaffen.

7

Die Finanzpolitik soll der Gesamtpolitik dienen. Der Staat darf vom Bürger nur das fordern, was er zur Erfüllung der unbedingt notwendigen Aufgaben braucht. Das Steuerrecht muß klar, einfach und gerecht sein. Der Staat soll sich nicht in der gewerblichen Wirtschaft betätigen. Das den staatlichen Aufgaben wesensfremde öffentliche Vermögen ist in private Hand zurückzuführen.

8

Wer die Freiheit für sich und sein Volk will, erkennt sie auch für die anderen Völker an. Wir sind bereit, diese Freiheit mit allen Kräften zu verteidigen. Die FDP bejaht daher eine Wehrpolitik, die der politisch-geographischen Lage der Bundesrepublik, den militärischen Gegebenheiten und der Entwicklung der Rüstungstechnik entspricht.

9

Die FDP fordert eine deutsche Außenpolitik, die sich zu den Grundsätzen der nationalen Selbstbestimmung, der freiheitlichen Menschenrechte und des Rechtes auf Heimat bekennt. Sie muß unserer Lage in Mitteleuropa Rechnung tragen, den entspannenden Ausgleich nach allen Seiten suchen und damit der Erhaltung des Friedens dienen. Diese Politik der Entspannung ist nur möglich unter Achtung der bestehenden Verträge und in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den uns befreundeten Völkern.

10

Die friedliche Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland und den ostdeutschen Gebieten in einem Deutschen Reich mit freiheitlicher Ordnung ist unser oberstes Ziel. Alle innen- und außenpolitischen Anstrengungen müssen in erster Linie der Erreichung dieses Zieles dienen.

DAS BERLINER PROGRAMM DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI

1

Die Freie Demokratische Partei erstrebt auf allen Lebensgebieten die Sicherung der Freiheit des Menschen zu verantwortlichem Handeln. Aus sozialer Verantwortung lehnt sie den Marxismus und sozialistische Experimente ab, ebenso aus christlicher Verantwortung den Mißbrauch der Religion im politischen Tageskampf.

Freiheit der Persönlichkeit und Wahrung der Menschenwürde sind die Grundsätze, nach denen das Zusammenleben der Menschen gestaltet werden muß. Freiheit bedeutet für uns, frei zu sein von Zwang, Not und Furcht, bedeutet das Recht zur ungehinderten Entfaltung der Persönlichkeit und zur verantwortungsvollen, auf eigenem Urteil beruhenden Bestimmung unseres Schicksals. Wahre Freiheit kann nie Schrankenlosigkeit sein. Sie findet ihre Grenze in der Freiheit des Nächsten, der selbstverständlichen Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft und in der Bindung an die Sittengesetze.

Wir wollen verhindern, daß die Freiheit als gestaltendes Element aus dem Dasein der Menschen verschwindet, die schöpferischen Kräfte verkümmern und die Gesellschaft nach lebensfremden Regeln politischer Heilslehren ausgerichtet wird. Gerade im Zeitalter der Technik

erstreben wir eine tragfähige Gesellschaftsordnung, die den einzelnen Menschen, sein Gewissen und seine Freiheit achtet. Wir sind die einzige Partei, die auf allen Lebensgebieten freiheitliche Ordnung will.

Freiheit ist anspruchsvoll. Es ist einfacher, Befehlen anderer zu folgen, als sich selbst zu entscheiden. Es ist bequemer, die Verantwortung anderen zu überlassen, als selbst Verantwortung zu übernehmen. Der demokratische Staat hat jedoch nur Bestand, wenn der Staatsbürger seine Freiheitsrechte nutzt und sich auf Grund eigenen Urteils selbst entscheidet. Weder Patentrezepte sozialistischer Prägung noch konfessionelle Empfehlungen können ihn von dieser staatsbürgerlichen Pflicht entbinden. Die Freie Demokratische Partei ist die politische Heimat aller Deutschen, die sich zur Freiheit des einzelnen Menschen und zur Freiheit ihres Volkes bekennen.

2

Die FDP bekennt sich zum freiheitlichen Rechtsstaat. Jeder Bürger ist für diesen Staat verantwortlich. Der Staat soll sich auf die notwendigen Regierungs- und Verwaltungsaufgaben beschränken; seine Grundlage ist eine lebendige Selbstverwaltung. Gesetze und Verordnungen müssen auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden; die Gesetzesflut muß eingedämmt werden. Ein dem Dienst am Volk verpflichtetes Berufsbeamtentum ist Voraussetzung für eine geordnete Staatsverwaltung.

Unser demokratischer Staat wird sich auf die Dauer nur behaupten können, wenn jeder Bürger ihn als den seinen

begreift, nicht nur die Befriedigung seiner Einzelinteressen von ihm fordert, sondern sich verantwortlich für die Ge-

samtentwicklung weiß und sich verpflichtet fühlt, aktiv am politischen Geschehen teilzunehmen. Jeder Staatsbürger muß sich stets darüber im klaren sein, daß er die Folgen falscher Entscheidungen der Staatsführung persönlich mitzutragen hat. Gesetze und Verordnungen auf ein vernünftiges Ausmaß zurückzuführen bedeutet sehr viel mehr als nur die Verringerung geschriebener Worte. Es bedeutet, daß mit jeder entfallenden überflüssigen Vorschrift Millionen zur eigenen Entscheidung aufgerufen werden. Es bedeutet den Wegfall von Verwaltungsdienststellen. Es bedeutet schließlich, daß sich der Staatsbürger bei wenigen, klar formulierten Gesetzen besser zurechtfinden kann als im gegenwärtigen Gestrüpp unübersehbarer Vorschriften. Die Eindämmung der Gesetzesflut ist zudem die Voraussetzung für die Überwindung der Bürokratie. Wir fordern die Stärkung der überlieferten Gemeindeselbstverwaltung, die ihre Aufgaben lebens- und ortsnah erfüllt. Wir fördern die Überwindung eines überspitzten Föderalismus und verlangen statt dessen, daß die

Verantwortung unter Ausschaltung von Überschneidungen zwischen Bund und Länderselbstverwaltung zweckmäßig abgegrenzt wird.

Wir treten ein für die Erhaltung eines sauberen, für die Erfüllung seiner Aufgaben vorgebildeten und in bester deutscher Tradition verwurzelten Berufsbeamtentums, das ohne Rücksicht auf Parteien und Konfessionen allein auf fachliche Leistung gegründet ist.

Wir halten den systematischen Ausbau des staatsbürgerlichen Unterrichts in den allgemeinbildenden Schulen, den Berufsschulen, auf den Hochschulen und Universitäten sowie im Rahmen der Erwachsenenbildung für unerläßlich, um so Sinn und Probleme unserer Demokratie besonders an die jungen Menschen heranzutragen, sie mit ihnen vertraut zu machen und damit das Staatsbewußtsein zu wecken und zu stärken. Jeder Bürger muß an seinem Platz die unserem Volke noch bevorstehende geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus durch Wirken und Überzeugung auch gegenüber dialektisch geschulten Gegnern bestehen können.

3

Die Kulturpolitik der FDP will die Geistesfreiheit und Toleranz pflegen, den Kirchen und Religionsgemeinschaften ihr Wirken auch im öffentlichen Leben sichern, Erziehung, Volksbildung, Kunst, Wissenschaft und Forschung entschieden fördern. Es geht darum, ein gesamtdeutsches Bewußtsein neu zu begründen und durch Verhinderung des kulturellen Auseinanderlebens die Wiedervereinigung vorzubereiten. Angesichts der Dringlichkeit dieser Aufgaben sind neue Formen für eine wirksame Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern zu entwickeln.

Mit der Geistesfreiheit steht und fällt ein menschenwürdiges politisches Dasein. Sie verlangt Verzicht auf alle unlauteren Methoden der Meinungsbeeinflussung. Freiheit und Unabhängigkeit von Presse, Schrifttum und Kunst sowie Unabhängigkeit von Funk und Film müssen unbedingt gewährleistet sein. Einziges Mittel der Meinungsbildung ist die Kraft der Überzeugung.

Die liberale Kulturgesinnung unserer Zeit hat nichts mit der materialistischen Geschichtsauffassung oder mit dem aufklärerischen Fortschrittsglauben gemein. Religiöser Glaube und idealistische Weltdeutung sind für uns unantastbar. Wir verurteilen jeden Kampf gegen Religion und Kirche und würdigen die sittlichen Werte und gestaltenden Kräfte des Christentums in ihrer Bedeutung für das po-

litische Leben. Deshalb sehen wir eine wesentliche Aufgabe des Staates darin, die Freiheit der Religionsausübung zu gewährleisten, die Kirchen in ihrer geistlichen Arbeit zu fördern und ihre wirtschaftlichen Grundlagen zu sichern.

Das öffentliche Bildungswesen soll die Jugend des Volkes befähigen, die Kultur der Väter ehrfürchtig zu übernehmen und verantwortlich zu entwickeln. Die deutsche Schule muß die christlichen Grundlagen geistig-sittlicher Bildung pflegen; wir geben der Christlichen Gemeinschaftsschule den Vorzug, weil sie alle Kinder (bei getrenntem Religionsunterricht) gemeinsam zu versöhnlicher Duldung und gegenseitigem Verstehen erzieht. Wir treten für eine allgemeine Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit ein. Ein einwandfreies Ausleseverfahren ist die Voraussetzung für die Förderung von begabten jungen Menschen.

Wir betrachten ein zeitnahes deutsches Bildungs- und Erziehungswesen in allen seinen Teilen, Formen und Zweigen als eine Einheit, wobei jedem Teil seine ihm gemäße Aufgabe zufällt. Die FDP sieht in der Dreiteilung der allgemeinbildenden Schule in Volksschule (Christliche Gemeinschaftsschule), Realschule und neunjähriges Gymnasium die beste Gewähr für eine solide Bildung der Jugend. Wir streben die Verbesserung der Berufsschule und die Eigenständigkeit der Realschule an und unterstützen die Selbstverwaltung der Universität und Hochschule. Wir wünschen die bestmögliche Ausbildung aller Lehrer, ausgerichtet auf ihre spätere Lehraufgabe. Wir halten die konfessionelle und freie Pri-

vatschule überall da für richtig, wo sie bei gleichen Leistungen wie die öffentliche Schule lebensfähig ist.

Wir treten nachdrücklich für den Ausbau des zweiten Bildungsweges ein, der jedem begabten jungen Menschen den Zugang zu höherer Schule und Universität ermöglichen soll.

Um der unheilvollen Zersplitterung des Bildungswesens zu wehren und den kulturellen Auftrag der Nation zu erfüllen, ist unter Wahrung der kulturellen Selbstverwaltung der Länder eine gemeinsame Zuständigkeit für alle unser ganzes Volk berührenden Schul- und Kulturfragen zu schaffen.

Die finanzielle Hilfe des Bundes hat überall dort einzugreifen, wo die Mittel eines Landes für Bau und Unterhalt ausreichender Schulen, die Förderung des studentischen und wissenschaftlichen Nachwuchses und die notwendigen Lehr- und Forschungseinrichtungen nicht ausreichen. Gerade auf die Förderung von Wissenschaft und Forschung legt die FDP im Sinne der von ihr zu dieser Frage veröffentlichten Richtlinien besonderen Wert.

Die kulturellen Bande zu Mitteldeutschland und das ostdeutsche Kulturgut bedürfen der sorgsamsten Pflege.

In einem Zeitalter, in dem sich die Welt in ideologische Blöcke geschieden hat, erwächst der liberalen Kulturgesinnung die doppelte Aufgabe, durch das humane Bildungsideal den Menschen zu sich selbst zurückzuführen und den weltanschaulichen Kampf im geistigen Bereich mit unerbittlicher Schärfe aufzunehmen.

politik die Voraussetzungen dafür schaffen, daß alle für die Wechselfälle des Lebens vorsorgen können. Sie will die Furcht vor Krankheit, Not und Alter nehmen und allen unverschuldet in Not Geratenen rasch und ausreichend helfen. Sie fordert insbesondere Hilfe, Eingliederung und Ausgleich für alle Kriegsgeschädigten, Heimatvertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge.

Soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und wachsenden Wohlstand gibt es nur in einer auf Freiheit der Persönlichkeit, dem Privateigentum und dem Leistungswettbewerb aufgebauten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Innerhalb einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung ist es Aufgabe der Sozialpolitik, alle sich aus dem Ablauf unseres wirtschaftlichen Lebens ergebenden sozialen Spannungen weitestgehend zu mildern.

Freiheit der Person

Zur Sicherung der freien Entfaltung der Persönlichkeit fordern wir gleiche Aufstiegsmöglichkeiten für alle. Der Erwerb von Bildung und Wissen darf nicht ein Vorrecht materiellen Besitzes sein, denn nur die nach Anlage und Neigung selbst gewählte Arbeit gewährleistet auf die Dauer Befriedigung und höhere Leistung. Daraus ergibt sich für jeden einzelnen das Recht der freien Berufswahl und das Recht des freien Arbeitsplatzwechsels.

Schutz und Förderung der Familie

Keine menschliche Gemeinschaft vermag dem einzelnen einen stärkeren Rückhalt zu geben als die Familie. Die Familie ist die natürliche gesellschaftliche Einheit gegen jeglichen Kollektivismus. Ihr gebührt der besondere Schutz der Gemeinschaft. Darum treten wir ein für eine...

... Erleichterung der Familienbildung durch langfristige Kreditbeihilfen für all diejenigen jungen Menschen, die durch eigene Ersparnisse den ersten Willen zur Gründung einer Familie bekunden;
... verstärkte Förderung eines familien-gerechten Wohnungsbaues;

... Beseitigung aller die Ehe und Familie diskriminierenden Steuern;
für einen...

... gerechten Familienausgleich durch ausreichendes Kindergeld.

Freiheit der Arbeit und Sicherheit des Arbeitsplatzes

Unser gesellschaftspolitisches Ziel ist der krisenfeste Arbeiter auf der Sicherungsgrundlage des Eigentums. Gleichzeitig hat eine sinnvolle Sozialpolitik dafür Sorge zu tragen, daß jeder Schaffende gerecht am Volkseinkommen beteiligt wird. Deshalb treten wir ein für eine...

... sozialorientierte Lohnpolitik, die auf der Grundlage der Tarifvertragsautonomie der Sozialpartner darauf achtet, daß die Lohnentwicklung sich ständig in Einklang befindet mit der volkswirtschaftlichen Produktivitätssteigerung;

... leistungsgebundene Ertragsbeteiligung als ein bedeutsames Mittel, die Lohngestaltung in den Dienst sowohl der Produktivitätssteigerung als auch der persönlichen Eigentumsbildung zu stellen. Alle dem System der Beteiligung der Arbeitnehmer am gemeinsam erarbeiteten Betriebsertrag entgegenstehenden steuerlichen Erschwernisse sind zu beseitigen;

... volle Beschäftigung bei gesunder Währung, die ohne ständige Bedrohung der Kaufkraft der DM nur möglich ist auf der Grundlage einer sozialorientierten Lohnpolitik mit einer nachhaltigen Förderung langfristigen Sparens;

... Beteiligung der Arbeitnehmer an dem zu reprivatizierenden industriellen Vermögensbesitz der öffentlichen Hand;

4

Die Sozialpolitik der FDP will jedem Menschen ein Höchstmaß an Selbständigkeit und persönlicher Unabhängigkeit sichern. Die Aufgabe der Familie, besonders der Mutter, in unserer Gesellschaftsordnung muß berücksichtigt werden. Jeder soll ohne Rücksicht auf Herkunft und Besitz entsprechend seiner Begabung und seinen Leistungen aufsteigen können. Die Sozialpolitik muß gemeinsam mit der Wirtschafts-

... Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziel der Fünf-Tage-Woche, das zu erreichen wir im Interesse der Familie, der Gesunderhaltung des schaffenden Menschen und einer stärkeren Teilnahme der Arbeiter am kulturellen Leben der Nation für unerlässlich halten. Ihre stufenweise Verwirklichung hat sich nach Maßgabe der volkswirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung zu vollziehen;

... fortschrittliche betriebliche Sozialpolitik mit dem Ziel der bestmöglichen Gestaltung der betrieblichen Arbeits- und Lebensbedingungen;

... Neufassung des Angestelltenbegriffes und seine arbeits- und sozialrechtliche Übertragung auf besonders qualifizierte Arbeiter, deren Bedeutung für den Betrieb im Zuge unserer gesellschaftlichen Umstrukturierung und der Automation eine neue Sinnggebung erhalten hat;

... gerechte Bewertung der geistigen Arbeit. Insbesondere treten wir für Maßnahmen ein, die eine Ausnutzung des beruflichen Idealismus verhindern. Eine Neuordnung der Honorierung der Ärzte und des Pflegepersonals ist vordringlich.

Vorsorge gegen Krankheit und Sicherung des Lebensabends

Die Sozialversicherung in den überlieferten und bewährten Formen der Rentenversicherung, Krankenversicherung und Unfallversicherung ist der modernen gesellschaftlichen Entwicklung anzupassen. Zur Durchführung einer wirklichen Reform der sozialen Sicherung treten wir ein für eine ...

... Sozialversicherungsreform, die unter Vermeidung eines aufgeblähten Verwaltungsapparates eine stärkere Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger ermöglicht;

... Vereinfachung des gesamten deutschen Sozialrechts und seine Zusammenfassung in einem einzigen Sozialgesetzbuch, das für jeden Menschen verständ-

lich ist und zu einer Entwirrung unseres undurchsichtigen Rentenschungels beiträgt;

... Neuordnung unserer Renten- und Krankenversicherung, die als Pflichtversicherung alle diejenigen erfaßt, die nicht aus eigener Kraft Vorsorge für Alter, Krankheit und vorzeitige Arbeitsunfähigkeit treffen können. Die von uns erstrebte Neuordnung muß auf die Vielfalt der beruflichen Schichtung und die Mannigfaltigkeit der damit verbundenen Lebensschicksale ebenso Rücksicht nehmen wie auf die Notwendigkeit, daß beim Ausscheiden aus dem Arbeitsleben und bei längerer Krankheit der erarbeitete Lebensstandard nicht absinkt. Empfänger unzulänglicher Renten dürfen nicht der Fürsorge überwiesen werden, sondern bedürfen einer Zusatzrente unter Anrechnung ihres sonstigen Einkommens. Unter Ablehnung der Einheitsversicherung ist die gewachsene Vielfalt der Krankenversicherungsträger aus Gründen eines gesunden Wettbewerbs beizubehalten;

... Förderung der privaten und freiwilligen Altersvorsorge. Das gleiche gilt für eine zur Rentenversicherung zusätzliche Altersversicherung. Durch Beseitigung der durch die Währungsumstellung entstandenen Härten ist das Vertrauen in die private Vorsorge und Sparkapitalbildung wiederherzustellen.

Durchgreifende Hilfe für die Opfer des Krieges

Den Opfern des Krieges, die ohne eigenes Verschulden gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden erlitten haben, fühlen wir uns in einem besonderen Maße verpflichtet. Darum treten wir ein für eine ...

... Ablösung des jetzigen Versorgungsrechtes durch die Einführung einer Berufsschadensrente, die Renten gewährleistet, die über den reinen Lebensunterhalt hinaus den Verlust des Mannes,

Vaters und Sohnes und die anhaltenden Schmerzen und Verstümmelungen berücksichtigen sowie den Waisen eine ihren Anlagen entsprechende Erziehung und Ausbildung ermöglichen;

... gerechte Entschädigung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Bombengeschädigten nach Maßgabe der erlittenen individuellen Vermögensverluste. Der Hauptentschädigung gebührt unter Beschleunigung der Schadensfeststellung der Vorrang. Die endgültige Eingliederung der Vertriebenen, Flüchtlinge, Spätheimkehrer und Opfer der Gewaltherrschaft ist besondere Ehrenpflicht.

5

Jeder soll aus eigener Kraft Eigentum bilden. Das gilt auch für den Bau von Wohnungen. Deshalb wird die FDP die dem Gesamwohl dienende freie Marktwirtschaft unbeirrt weiterentwickeln. Sie wird sich für die Erhaltung des Mittelstandes und die Neubildung selbständiger Existenzen einsetzen. Die FDP wird alles tun, um die Kaufkraft der Währung zu erhalten, die Arbeitsplätze zu sichern und die Privatinitiative zu fördern.

Die freiheitliche Wirtschaftsordnung hat seit der Währungsreform bewiesen, daß sie weit besser als jede staatliche Planung die Versorgung unseres Volkes mit Gütern und Leistungen sichern kann. Die FDP wird sie unbeirrt, aber undogmatisch fortführen und sich an keiner Regierung beteiligen, die andere Ziele verfolgt. Die Wirtschaftspolitik soll jedoch nicht nur Erzeugung und Verbrauch fördern. Jedem muß auch die Möglichkeit gegeben werden, Eigentum zu bilden und zu erhalten, das ihn trägt und sichert. Die FDP verurteilt die einseitige Vermögensbildung beim Staat und bei einzelnen Unternehmen über die Steuern und Preise. Alle Betriebe sollen Eigenkapital und die Familien sollen Ersparnisse ansam-

Die von uns im Sinne einer umfassenden Sozialreform vertretene Sozialpolitik steht unter dem Leitgedanken, den nicht mehr Leistungsfähigen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen, allen anderen aber durch Maßnahmen zur Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit, durch Schulung und wirtschaftliche Starthilfen einen leistungsbedingten Platz in der Gesellschaft zu sichern. Ein guter Arbeitsplatz ist mehr wert als die beste Rente. Auf der Grundlage einer stabilen Währung und Kaufkraft erstrebt die von uns vertretene Arbeits- und Sozialpolitik: **Durchgreifende Hilfe für den sozial Schwachen und Eigentum für alle.**

meln können. Die freiberuflich Tätigen, die Arbeitnehmer und die Hausfrauen brauchen Rücklagen, die ihnen das Gefühl der Abhängigkeit von einem ungewissen wirtschaftlichen Schicksal nehmen. Erst dann können sie alle Chancen für Käufe und Anschaffungen, für die Wahl des Berufes oder des Arbeitsplatzes wahrnehmen, die ihnen eine freiheitliche Wirtschaftsordnung bietet. Jeder soll auch seine Wohnung wieder auswählen können. Deshalb wird die FDP schrittweise die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen abbauen in dem Maße, in dem sozialer und privater Wohnungsbau ausreichenden Raum zu tragbaren Bedingungen anbieten. Nur so kann das Eigentum an neuem Wohnraum breit gestreut

und dem Verfall des Althausbesitzes vorgebeugt werden. Wenn der Wohnraum-mangel beseitigt ist, soll der Staat nur da aushelfen, wo die Leistung des Mieters im Einzelfall überfordert ist.

Die Stabilerhaltung der Währung und die Wiederaufrichtung eines Marktes für Ersparnisse und Kapital sind Grundelemente einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Die Stabilität der Währung und damit der Kaufkraft der Löhne, Gehälter, Versorgungsrenten und Ersparnisse muß durch eine von politischen Weisungen unabhängige Bundesnotenbank gesichert werden. Die Verantwortung für die Währung trägt jedoch nicht allein die Notenbank. Ebenso wie die Finanzpolitik des Staates muß jeder einzelne und müssen vor allem auch die großen Organisationen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung für die Erhaltung des Geldwertes Sorge tragen.

Wir brauchen viel weniger Staat, als wir uns einbilden. Die wirtschaftliche Sicherheit, die der Staat verbürgen kann, beruht auf der Arbeit und dem Gut jedes einzelnen, und nicht umgekehrt. Grundlagen dieser Sicherheit sind und bleiben deshalb der sichere Arbeitsplatz, die volle Anerkennung der persönlichen Leistung, unter anderem auch durch Mitbeteiligung der Arbeitnehmer am Ertrag ihrer Arbeit, und der Schutz des persönlichen Eigentums vor Willkür.

Die Garantie des Privateigentums schließt jedes Bekenntnis zur Sozialisierung aus, sei es im Programm sozialistischer oder nichtsozialistischer Parteien enthalten, als Bekenntnis zum „Gemeineigentum“ oder zur „Vergesellschaftung“ verschleiert oder auf die Grundstoffindustrien beschränkt. Wo Verbände oder Unternehmen den Markt beherrschen, sollen sie der Öffentlichkeit und zur Öffentlichkeit verpflichtet werden. Arbeitnehmer und Arbeitgeber der von Technik und Umsatz begünstigten Großindustrie sind nicht die einzigen Sozialpartner. Soziale und tech-

nische Verbesserungen, wie 40-Stunden-Woche und Automation, müssen in der Auswirkung auf die ganze Wirtschaft gesehen werden. Die FDP wird den Gewerbetreibenden, Handwerkern, dem Handel, den freien Berufen, Beamten, Angestellten und Arbeitern die Aufmerksamkeit widmen, auf die sie als breite Mittelschicht Anspruch haben. Die individuelle Eigenart ihrer Leistung, technische, traditionelle oder natürliche Grenzen dürfen sie so wenig benachteiligen wie die Tatsache, daß sie sich finanziell oder kollektiv nicht als Mächte organisieren.

Der Außenhandel muß als Ergänzung unserer Binnenwirtschaft angesehen werden. Schifffahrt und Dienstleistungen sind gleichrangige Teile der Außenwirtschaft. Import und Export können nicht, aus je verschiedenen Anlässen, verschiedenen Maßnahmen unterworfen werden. Der Außenhandel verträgt keine abrupten Maßnahmen, denn Handelsbeziehungen mit dem Ausland bedürfen sorgfältiger Vorbereitung, stetiger Weiterentwicklung und langfristigen Disponierens. Keinesfalls dürfen zur Behebung vorübergehender Schwierigkeiten die in mühevoller Arbeit und unter besonders günstigen Umständen wiedergewonnenen Märkte gefährdet werden.

Die FDP fordert, daß das Straßennetz unverzüglich dem wachsenden Verkehr angepaßt wird. Ihre Verkehrspolitik wird weiter die Gleichberechtigung der staatlichen und privaten Verkehrsträger zum Ziele haben. Vor allen Dingen ist der Leistungswettbewerb der Verkehrsträger untereinander zu erhalten. Nur so wird es möglich sein, die Bedürfnisse der nationalen und internationalen Wirtschaft zu erfüllen. Der Verkehr hat seine Eigen-gesetzlichkeit, bei der aus Gründen der Sicherheit eine bestimmte Ordnung nicht zu umgehen ist. Diese Ordnung darf nicht zum staatlichen Selbstzweck werden.

6

Der Bauer und die Bäuerin, denen wir unser tägliches Brot verdanken, müssen wissen, wofür sie arbeiten. Die FDP vertritt daher eine Agrarpolitik, die dem ordnungsgemäß bewirtschafteten Betrieb entsprechend der Zielsetzung des Landwirtschaftsgesetzes kostendeckende Preise sichert. Soweit die Agrarstruktur und ungenügende Rationalisierung die Ertragslage ungünstig beeinflussen, sind unter besonderer Förderung der Privatinitiative normale Wirtschaftsverhältnisse zu schaffen.

Die Landwirtschaft hat an dem schnellen Wiederaufstieg der westdeutschen Wirtschaft nicht in entsprechendem Ausmaß teilgenommen. Sie ist in der großen Mehrheit nicht in der Lage, ihre Erzeugungskosten unter Berücksichtigung angemessener Betriebsinhaber- und Arbeitnehmerentgelte aus den Erträgen zu decken. Für sie gelten ähnliche Überlegungen wie für die gewerbliche Urproduktion.

Wir wollen daher eine landwirtschaftliche Ordnung, die der allgemeinen Wirtschaftsordnung zwar nicht gleichartig, aber angesichts der Besonderheiten der verschiedenen Landwirtschaftszweige gleichwertig ist, eine kostendeckende Preisgestaltung sichert und gleiche Startbedingungen für den Wettbewerb mit dem Ausland herstellt. Wenn aus volkswirtschaftlichen oder politischen Gründen der kostendeckende Preis am Markt nicht erzielt werden kann, ist im Interesse der Ernährungssicherung der Ausgleich unter Einsatz öffentlicher Mittel herzustellen.

Die Ordnung muß außerdem für eine rationelle Bewirtschaftung geeignete Betriebe schaffen durch beschleunigte Flurbereinigung unter besonderer Förderung des freiwilligen Verfahrens innerhalb längstens 15 Jahren, gesetzliche Maßnahmen gegen die Wiedersplitterung zusammengelegter Flächen, Kultivierung von Moor und Ödland, Landgewinnung an den Küsten, Auflockerung zu eng gewordener Dörfer und Aufstockung von Kleinbetrieben mit frei gewordenem oder frei werdendem Land. Für Kleinstbetriebe sind zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten

im Wege der Industrieansiedlung zu schaffen.

Die Wasserwirtschaft muß unter Voranstellung der landwirtschaftlichen Produktionsbedürfnisse bundeseinheitlich geregelt werden.

Der Agrarkredit muß nach Umfang und Zinsbelastung so ausgestaltet werden, daß die Rationalisierung und Mechanisierung in allen Betriebsgrößen durchgeführt werden kann. Die Last der drückenden kurzfristigen Schulden muß beseitigt werden. Der Weg hierzu führt u. a. über die endliche Erschließung des Kapitalmarktes durch zinsverbilligte landwirtschaftliche Pfandbriefe. Darüber hinaus ist die Privatinitiative durch die im Rahmen der landwirtschaftlichen Kreditorganisation mögliche Bildung landwirtschaftlicher Investitionssparkassen nach dem Muster der Bausparkassen zu fördern. Das ländliche Bildungswesen, beginnend mit der Dorfschule, bedarf stärkster Förderung. Das gilt insbesondere für die landwirtschaftlichen Berufs-, Fach- und Hochschulen, für die Forschungsaufgaben und Wirtschaftsberatung.

Das Los der Landfrau ist neben der Hilfe, die von der wirtschaftlich-technischen Weiterentwicklung zu erwarten ist, durch soziale Maßnahmen und Einrichtungen zu erleichtern.

In die Sozialgesetzgebung ist das Landvolk unter Berücksichtigung seiner besonderen Bedürfnisse einzubeziehen, um es gegen die Wechselfälle des Lebens zu schützen, die bäuerliche Substanz zu erhalten und eine frühzeitige Hofübergabe zu erleichtern.

7

Die Finanzpolitik soll der Gesamtpolitik dienen. Der Staat darf vom Bürger nur das fordern, was er zur Erfüllung der unbedingt notwendigen Aufgaben braucht. Das Steuerrecht muß klar, einfach und gerecht sein. Der Staat soll sich nicht in der gewerblichen Wirtschaft betätigen. Das den staatlichen Aufgaben wesensfremde öffentliche Vermögen ist in private Hand zurückzuführen.

Die Freien Demokraten wollen alle Erzeuger und Verbraucher vom Druck der Kriegssteuern befreien und ihnen Anreiz zum Schaffen, Bauen und Sparen geben. Gezielte Steuerbegünstigungen ganzer Gruppen, die dem zeitgebundenen Zweck des Wiederaufbaus dienen, werden damit überflüssig. Aktive Wirtschaftspolitik soll nicht mit Begünstigungen getrieben werden, die der Steuergerechtigkeit und Steuerklarheit schaden, sondern mit ordnenden Gesetzen außerhalb des Steuersystems oder mit Senkung oder Wegfall ganzer Steuerarten. Wo soziale Notwendigkeiten Hilfen erfordern, sollen sie dem einzelnen Bürger und nicht ganzen Wirtschaftszweigen zugute kommen.

Die Verwaltung des Steuerwesens soll endlich neu geordnet und vereinfacht werden, um dem Steuerzahler und dem Steuerbeamten Erleichterung zu verschaffen. Steuerliche Ungerechtigkeiten, die diskriminierend wirken, wie bei der Umsatz-, Gewerbe- und Ehegattenbesteuerung, müssen beseitigt werden.

Die FDP wird, wie bisher, für Klarheit und Wahrheit der öffentlichen Haushalte

8

Wer die Freiheit für sich und sein Volk will, erkennt sie auch für die anderen Völker an. Wir sind bereit, diese Freiheit mit allen Kräften zu verteidigen. Die FDP bejaht daher eine Wehrpolitik, die der politisch-geographischen Lage der Bundesrepublik, den militärischen Gegebenheiten und der Entwicklung der Rüstungstechnik entspricht.

Durch Bekenntnisse allein kann die Freiheit nicht gesichert werden. Wir müssen sie notfalls mit der Waffe verteidigen. Es muß daher unser Bemühen

und der gesamten öffentlichen Finanzwirtschaft eintreten. Die Volksvertretungen müssen, in Wahrung ihres Rechtes auf Haushaltskontrolle, die Regierungen zur Bekanntgabe ihrer Unterlagen für die Steuervorausschätzung anhalten und dürfen nicht mehr Mittel bewilligen, als im Etatjahr ausgegeben werden können. Die öffentliche Hand darf nicht weiter Steuergelder horten, die der Wirtschaft und den Privathaushalten fehlen. Der Staat soll nicht reich sein. Deshalb wird die FDP auch das in staatsfremde Bereiche ausgewucherte öffentliche Vermögen, wozu auch das staatliche Bauvermögen gehört, schrittweise dem Steuerzahler wieder zur Verfügung stellen. Der Staat darf mit der Wirtschaft, dem Handwerk und Handel nicht im Wettbewerb stehen.

Das geltende System der Finanzverfassung betrachtet die FDP nicht als unantastbar. Die Aufteilung des Steueraufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden muß dauernd der Vielfalt der Entwicklung angepaßt werden mit dem Ziel, wirtschaftlich lebensfähige Verwaltungseinheiten zu erhalten.

sein, eine Verteidigung zu schaffen, die im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten unsere Volkskraft wirkungsvoll zur Geltung bringt. Dabei sollte diese Auf-

gabe nicht ohne eine zeitgemäße Verbindung mit der geschichtlichen Entwicklung unserer soldatischen Tradition gelöst werden.

Auf sich allein gestellt, wird die Bundesrepublik ihre Sicherheit nicht gewährleisten können. Wir bejahen deshalb unsere gleichberechtigte Teilnahme an der NATO in der Überzeugung, daß die für uns notwendige Verteidigungsbereitschaft und die deutsche Wiedervereinigung sich gegenseitig nicht ausschließen.

Wir sind von der Notwendigkeit überzeugt, im Einvernehmen mit unseren Vertragspartnern die bestehenden Militärpakte zu einem allgemeinen Sicherheitssystem weiterzuentwickeln, um dadurch eine weltweite Entspannung zu erreichen. Dabei muß die NATO solange erhalten bleiben, bis das neue Sicherheitssystem seine Zuverlässigkeit und Wirksamkeit erreicht hat.

Unser Beitrag zur Sicherung des Friedens findet in folgender Verteidigungsgliederung seinen Ausdruck:

Erstens: Das vertragliche NATO-Kontingent, d. h. eine operative Truppe unter internationalem Kommando. Sie wird gebildet aus Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit und aus Verteidigungsdienstpflichtigen, soweit letztere zur Einhaltung der

vertraglichen Stärke und zur Bildung der notwendigen Reserven erforderlich sind. Zweitens: Die bodenständige Heimatverteidigung unter deutscher Wehrhoheit mit der Aufgabe des unmittelbaren Schutzes der deutschen Heimat. Sie wird sich aus aktiven Stämmen und Verteidigungsdienstpflichtigen zusammensetzen. Drittens: Der zivile Bevölkerungsschutz mit seinen freiwilligen Gliederungen (Luftschutz, Technisches Hilfswerk, Feuerwehr und Rotes Kreuz); ebenfalls unter deutschem Hoheitsrecht. Dieser Bevölkerungsschutz dient der Ergänzung der militärischen Landesverteidigung und ist deshalb in die wehrgesetzliche Gesamtplanung einzubeziehen. Im Verteidigungsfall wird auch der Bevölkerungsschutz auf die Verteidigungsdienstpflicht angewiesen sein.

Da die herkömmliche Wehrpflicht den Notwendigkeiten einer neuzeitlichen Landesverteidigung nicht mehr gerecht wird, bedarf es einer umfassenderen Regelung. Diese ist in einer „allgemeinen Verteidigungsdienstpflicht“ zu suchen und zu verwirklichen. Sie hat, nach Art und Zeit abgestuft, den personellen Bedarf für den Verteidigungsfall rechtzeitig sicherzustellen. Sie ist entsprechend gesetzlich zu regeln.

Die Landesverteidigung ist Angelegenheit des ganzen Volkes.

9

Die FDP fordert eine deutsche Außenpolitik, die sich zu den Grundsätzen der nationalen Selbstbestimmung, der freiheitlichen Menschenrechte und des Rechtes auf Heimat bekennt. Sie muß unserer Lage in Mitteleuropa Rechnung tragen, den entspannenden Ausgleich nach allen Seiten suchen und damit der Erhaltung des Friedens dienen. Diese Politik der Entspannung ist nur möglich unter Achtung der bestehenden Verträge und in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den uns befreundeten Völkern.

Wir haben die Pflicht, zur Milderung der Gegensätze zwischen Ost und West auf unserem eigenen Boden beizutragen. Wenn durch die Pariser Verträge ein

dauerhaftes Freundschaftsverhältnis mit den Westmächten angestrebt und erreicht wurde, so stellt sich uns ebenso die Aufgabe, durch eine aktive und kon-

struktive Politik das Verhältnis Deutschlands zu den osteuropäischen Völkern friedlich zu regeln. Wir unterstützen daher den von Ost und West erörterten Gedanken eines europäischen Sicherheitsbündnisses unter Einschluß Rußlands und der Vereinigten Staaten von Nordamerika, denen im Rahmen dieses Paktsystems die Aufgabe der Erhaltung eines friedlichen Gleichgewichtes zufiele. Getreu der Präambel des Grundgesetzes sehen wir über das vordringliche nationale Anliegen der staatlichen Einheit hinaus die Zukunftsaufgabe einer Einigung Europas. Das Streben der Menschen jenseits des Eisernen Vorhanges nach Freiheit und Selbstbestimmung beweist, daß der europäische Gedanke nicht an der Elbe aufhört. Es ist deshalb notwendig, den Europagedanken aus seiner bisherigen Enge zu befreien und

ihn im Sinne der geschichtlichen Verbundenheit, des kulturellen Erbes und des abendländischen Geistes zur Idee des „größeren Europa“ auszuweiten. Wir müssen uns darauf besinnen, daß Deutschlands Ansehen in der Welt in der Gegenwart wie in der Vergangenheit auf seinen geistigen Leistungen und auf seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten beruht. Wir fordern deshalb ein großzügiges Auslandskulturprogramm mit Austausch von Studenten und Wissenschaftlern und enge technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Asien und Afrika in der Überzeugung, damit nicht nur unsere eigene außenpolitische Lage zu verbessern, sondern gleichzeitig der Überwindung von Not, der allgemeinen Entspannung und der Sicherung des Friedens zu dienen.

10

Die friedliche Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland und den ostdeutschen Gebieten in einem Deutschen Reich mit freiheitlicher Ordnung ist unser oberstes Ziel. Alle innen- und außenpolitischen Anstrengungen müssen in erster Linie der Erreichung dieses Zieles dienen.

Wir rufen das deutsche Volk auf, die bisher ergebnislosen Bemühungen der Großmächte um die Überwindung der Spaltung Deutschlands durch klare und unermüdliche Willensbekundungen für die uns geschuldete staatliche Einheit zu ergänzen und anzuspornen. Die Heimkehr der Saar beweist, daß eine ausweglos erscheinende außenpolitische Lage durch eindrucksvolle Äußerungen des Volkswillens eine Wende erfahren kann. Wir widersetzen uns allen Versuchen, der Bundesrepublik den Anschein der Endgültigkeit zu geben.

Bis zur Wiedervereinigung ist das Schicksal der Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone mit allen Mitteln zu erleichtern, so durch Hilfe an Lebens-

mitteln und Verbrauchsgütern, verbilligte Fahrt- und Einkaufsmöglichkeiten sowie kulturelle Betreuung bei Besuchen in der Bundesrepublik und Westberlin, verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche, die zu uns kommen, und Unterstützung der politischen Häftlinge und ihrer Familien mit Rat und Tat.

Unmittelbare Kontakte müssen mit den Menschen in Mitteldeutschland immer wieder gesucht werden, um ihnen zu zeigen, daß sie nicht vergessen sind. Jede von Haß und Rachsucht diktierte Kollektivverurteilung von Bevölkerungsgruppen ist bei der Wiedervereinigung zu verhindern. Der Aussöhnung aller Schichten unseres Volkes müssen die Wege geebnet werden.